

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

**DIE LINKE.**

Nr. 253 - 27. Jahrgang

Oktober 2019

Spendenbeitrag 50 Cent

## KLIMASTREIK

Die Klimaproteste haben im September auch in Rostock einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Am 20.9. beteiligten sich bis zu 7.000 Menschen am „Klimastreik“, darunter auch ein paar (wenige) Mitglieder unseres Kreisverbandes.

Am 22.9. engagierten wir uns beim Klimaaktionstag in der Langen Straße. Unsere Linksjugend hatte einen prima Stand organisiert und kam mit vielen Menschen ins Gespräch. Leider hatten die Organisatoren des Klimaaktionstages die Parteien an den Rand der Veranstaltung „verbannt“, während kommerzielle Anbieter mittendrin waren. Zum Beispiel der erste E-Roller-Verleih in Rostock. Dabei wissen wir doch mittlerweile, dass diese E-Roller keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Neben unseren Stand hatte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Stein platziert. Die Forderungen auf seinem Transparent versammelten

alle möglichen radikalen Vorschläge – im krassen Widerspruch zur tatsächlichen Politik der CDU.

In der Rostocker Bürgerschaft ist keine Tagesordnung ohne Klimathemen mehr vorstellbar – von der Begründung der Haltestellenhäuschen bis zur Ausrufung des „Klimanotstandes“ für 99 Tage. Sogar die FDP fordert die Aufforstung von Flächen in der Hansestadt und versucht damit,



Im strömenden Regen: Klimastreik in Rostock

sich ein grünes Image zu geben („Greenwashing“). Viele Ideen wirken wie Schnellschüsse, um den Trend Klimaschutz nicht zu verpassen. Aber es ist gut, dass in den Kommunen versucht wird, vor Ort das Versagen der Bundesregierung zu korrigieren.

Nun müssen wir von Symbolpolitik und Greta-Kult weg, hin zu einer Debatte über konkrete Maßnahmen. DIE LINKE fordert konsequent, dass nicht wieder die „kleinen Leute“ die Zeche der Klimakrise zu bezahlen haben. Fast zwei Drittel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen werden von 100 Konzernen verursacht. Hier brauchen wir einen Umbau der Wirtschaft. Das geht nur mit klaren ordnungspolitischen Vorgaben an die Industrie und mit Investitionen in öffentliche und klimafreundliche Infrastruktur, heißt es im Konzept unseres Parteivorstandes zur Klimagerechtigkeit.

Fortsetzung auf S. 3

## ◀ PHARMAINDUSTRIE IN ÖFFENTLICHE HAND

Linkspolitiker fordert Vergesellschaftung von Pharma-Konzernen

*Angesichts des Rückzugs der Pharma-Konzerne aus der Antibiotika-Produktion erklärt der Co-Landesvorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Koplín:* „Die Haltung der Pharma-Industrie, sich aus der Forschung und Produktion von Antibiotika gegen resistente Keime zurückzuziehen, ist verantwortungslos und entlarvend zugleich.

Resistente Keime, also Keime, die eine Widerstandsfähigkeit gegen Antibiotika entwickelt haben, werden zunehmend zu einem Problem. Nicht wenige Expertinnen und Experten sprechen von einer der größten globalen Gefahren. Die Weltgesundheitsorganisation WHO spricht von einem der Probleme unseres Jahrhunderts.

Nach NDR-Recherchen ziehen sich jedoch seit Jahren immer mehr Pharmaunternehmen aus der Entwicklung und Produktion von Antibiotika zurück, weil diese für sie nicht profitabel genug sind.

Die Pharmaindustrie in Deutschland und weltweit zieht jedes Jahr Milliarden Gewinne aus der Produktion und dem Verkauf von Medikamenten. Sie hat auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Kommt sie dieser nicht nach, dann muss Politik handeln. Die medizinische Versorgung, einschließlich der mit Medikamenten, gehört zur Daseinsvorsorge und ist durch staatliches Handeln sicherzustellen.

Ich fordere die Landes- und die Bundesregierung auf, gegenüber der Pharma-Industrie aktiv zu werden. Zur Not muss man auch über eine Vergesellschaftung von Unternehmen nachdenken. Grundlage dafür

wäre der Artikel 14 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Ebenso wäre dies eine Gelegenheit, die Forschungskapazitäten an den Universitäten im Land weiter zu stärken und auszubauen.“



**In dieser  
Ausgabe**

**Seite 2: Sozialarbeit**  
**Seite 3/4: Klimapolitik**  
**Seite 5: Nie wieder Krieg!**  
**Seite 6: Helmut Scholz**  
**Seite 6/7: „Deutsche Einheit“**

**Seite 8: Aus der Basis**  
**Seite 9: Zwangsumzug?**  
**Seite 10/11: Wahlen**  
**Seite 12/13: Gedenken**  
**Seite 14: Plattdeutsches**

Liebe Leserinnen und Leser, wie angekündigt, wird uns auch in dieser Ausgabe des KLARTEXT der Klimawandel beschäftigen. Immer deutlicher kristallisiert sich heraus, wofür DIE LINKE in der Klimapolitik steht, und was uns von den anderen politischen Kräften unterscheidet. Es war in jedem Fall sehr beeindruckend, im September am Klimastreik in Rostock teilzunehmen. Wann hatten wir das zuletzt in Rostock, dass Tausende für ihre politischen Überzeugungen auf die Straße gehen?!

Mit Spannung warten wir auf den Wahltag in Thüringen. Umfragen sind keine Wahlergebnisse, aber ein Erfolg unserer Partei in Thüringen liegt zum Greifen nah. Nach

den Wahniederlagen in Brandenburg und Sachsen wäre ein Sieg von Bodo Ramelow psychologisch enorm wichtig für DIE LINKE. Einstweilen beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe noch einmal mit den vergangenen Wahlen, wohlwissend, dass es auf viele Probleme keine klaren Antworten gibt. Vielleicht sehen wir uns am 21. November im Peter-Weiss-Haus, wenn

Petra Pau an ihre erfolgreiche Veranstaltung vom vergangenen Jahr anknüpft und über demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert referiert (siehe Termine auf S. 11).

Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*



## AKTUELLES

### Weniger Frauen und Männer in M-V nutzen Krebsfrüherkennung

Zur Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage „Krebsfrüherkennung, Krebserkrankungen und Sterbefälle durch Krebs in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drs. 7/4054) erklären die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg, und der gesundheitspolitische Sprecher Torsten Koplín:



„Offensichtlich haben wir ein Problem in Mecklenburg-Vorpommern. Die Inanspruchnahme von Krebsfrüherkennungsuntersuchungen entwickelt sich in unserem Bundesland in den letzten Jahren nicht

gut. Während die Beteiligung von Frauen im Zeitraum 2008 bis 2016 bundesweit lediglich um 0,1 Prozent sank, sind es in M-V 2,3 Prozent. Das heißt, im Jahr 2016 haben 29.000 Frauen weniger diese Vorsorgeangebote in Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch genommen als noch 2008. Unser Bundesland ist seit 2012 unter den Bundeswert der Inanspruchnahme gesunken.

Da tröstet es wenig, dass die Inanspruchnahme bei den Männern im gleichen Zeitraum insgesamt um 1,4 Prozent gestiegen ist und im Jahr 2016 somit 12.500 Männer mehr die Vorsorgemöglichkeiten genutzt haben. Aber auch bei den Männern ist seit dem Jahr 2012 wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Die Landesregierung ist gemeinsam mit den Krankenkassen gefordert, die Gründe für diese Entwicklung zu ermitteln und mehr für die Vorsorge zu werben.“



## AUS DEM LANDTAG

### Für eine bessere Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit

Tag 1 der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 20/21 – und der Landesjugendring hatte im Schweriner Alten Garten zur Demo „Gib mir Fünf“ aufgerufen. Warum? Weil sich die Situation der Kinder- und Jugendarbeit in M-V in den letzten Jahren drastisch verschlechtert hat. Einrichtungen wurden geschlossen oder Schließungen stehen bevor. Steigerungen im Bereich der Sach- und Personalkosten konnten nicht mehr aufgefangen werden. Der Landesjugendplan ist erschöpft. Damit in Landesjugendverbänden die hauptamtlichen Mitarbeiter\_innen tariflich entlohnt werden können, fehlen aktuell schon 300.000 Euro.

Die Landesmittel für die Kommunen (Kommunalverträge) und die Richtlinien zum Landesjugendplan sind seit 1998 nicht erhöht worden und sanken, da an der jeweilig aktuellen Zahl der 10- bis 26-Jährigen bemessen, in den Keller. Leichte Anhebungen der Mittel im derzeitigen Landeshaushalt haben keine nennenswerte Verbesserung gebracht und auch der Entwurf des Landeshaushaltes 2020/21 weist nur Anhebungen der Mittel nach, die als „Tropfen auf den heißen Stein“ zu bezeichnen sind.

Für unsere Abgeordneten Jacqueline Bernhardt und Karen Larisch ist klar: Für die Kinder und Jugendarbeit in M-V müssen mindestens fünf Euro mehr pro Kopf der 10- bis 26-Jährigen gegenüber 2019 im neuen Doppelhaushalt 2020/21 stehen. Fünf Euro mehr für die Kommunalverträge (d. h. statt 5,11 € dann mindestens 10 €) und fünf Euro mehr für den Landesjugendplan (d. h. statt 10,22 € dann mindestens 15 €). In den darauffolgenden Jahren muss dann die Jugendförderung um 3,7 Prozent jährlich ansteigen, um höhere Sach- und Personalkosten auffangen zu können.

Also: „Gib mir fünf“!

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

## DIE LINKE IN DER DEBATTE ZUM KLIMAWANDEL

Fortsetzung von S. 1

„Wer nur darüber redet, dass die Pendler das Auto stehen lassen sollen, aber nicht den ÖPNV ausbaut, wer Wohnungen energetisch sanieren will, aber die Immobilienkonzerne nicht zur Kasse bittet, schafft nicht die kollektiven Voraussetzungen für eine andere Lebensweise und wälzt die Ko-



Unsere Linksjugend beim Klimaaktionstag



sten auf die Mehrheit ab. Wir wollen einen ökologischen und sozialen Systemwechsel“, heißt es im Klimakonzept.

Wie wollen wir den Kampf gegen den Klimawandel sozial gerecht gestalten? Kostenloser ÖPNV, Energieversorgung in öffentlicher Hand mit sozial gestaffelten Tarifen, staatliche Hilfen bei energetischen Sanierungen von Wohnungen (die Modernisierungumlage wollen wir abschaffen), kostenloses und gesundes Essen aus regionaler Produktion in Kitas und Schulen, Vermögenssteuer zur Finanzierung des Klimaschutzes.

Die jungen Menschen von „Fridays for Future“ haben binnen weniger Monate durch Mobilisierung und Vernetzung eine breite Bewegung auf die Beine gestellt. Weitere Gruppen wie Scientists-for-Future oder Parents-for-Future haben sich gebildet. Von einer solchen Vernetzung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen träumt DIE LINKE nur. Umso mehr sollten wir den jungen Menschen unseren Respekt zollen. In der Fridays-for-Future-Bewegung gibt es auch starke antikapitalistische Strömungen. Diese Tendenzen sollten wir unterstützen. Die klugen jungen Leute werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten

ihren Weg machen – in Politik, Verwaltung, Wirtschaft usw. Dort werden sie ihre Ideale einbringen. Wenn wir als Partei heute abseits stehen, verlieren wir eine ganze Generation (an die Grünen).

Natürlich profitieren vor allem die Grünen vom hohen Stellenwert der Klimapolitik. Mittlerweile sind sie an fast allen Landesregierungen beteiligt. Wie lange können die Grünen vor den jungen Klimaschützern verbergen, dass sie in Regierungsverantwortung ihre Ideale verkaufen?

DIE LINKE sollte sich konsequent als Alternative anbieten. Für unsere Anhänger ist Klimaschutz sehr wichtig, aber fast niemand hält uns in dieser Frage für kompetent. Es gibt also viel zu tun!

Text und Fotos: Carsten Penzlin

### Rotfeder und die Weltuntergangspropheten

Seit mehreren tausend Jahren treten immer wieder Propheten auf, die den baldigen Untergang der Welt oder zumindest der Menschheit ankündigen. Manche davon boten bzw. bieten auch als einzige Lösung an, ihrer alternativlosen Heilslehre zu folgen, so dass wenigstens ihre ergebene Gefolgschaft vom Übel erlöst werde. Allen anderen drohe unwiderruflich Untergang und Unheil.

Bisher konnten noch immer Vernunft und Wissenschaft die Haltlosigkeit der angeblichen Gründe für die Katastrophen aufdecken. Oder andererseits konnte in vielen Fällen wissenschaftlich die wirkliche Ursache von Unglück, Krankheit und Not aufgeklärt werden und Gegenmittel ersonnen werden. Gegen Seuchen helfen Hygiene und Medikamente. Sie sind keine Strafe Gottes. Gegen Kriege helfen Wahrheit und gute Politik. Und so sind die meisten prophezeiten Untergänge natürlich auch gar nicht eingetreten.

Diesmal aber ist es anders. Diesmal warnen die Wissenschaftler vor der Katastrophe und die Untätigen befördern sie. Diesmal ist es unwissenschaftlich und unvernünftig, nicht den Warnungen zu glauben.

Ich habe in den letzten Tagen als Kommentare zu den Klimaaktionen der Schüler und zu der UN-Klimakonferenz viele Meinungen von Ignoranten gelesen wie z. B. diese: „Bei uns in Stuttgart ist von einer Klimakrise nichts zu spüren. In unserem Garten ist das Pflanzenwachstum während des Som-

mers regelrecht explodiert. So oft Hecke schneiden und Rasen mähen musste ich noch nie. Wir hatten satte Obst- und Gemüseerträge. Eine wahre Pracht. Gründe waren die feuchte Witterung, sommerliche Temperaturen und der hohe CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre. Klimakrise? Welche Klimakrise? Trotzdem wird von der Regierung und den Medien das Klima als Sau durchs Dorf getrieben. Man reibt sich die Augen und fragt sich warum.“

„Das Klima hat sich auf der Erde immer gewandelt und in der Mensch hat sich angepasst und diese Wandlung mit Bravour überlebt.“

Der unsägliche Präsident Trump hat die besorgte und engagierte Greta Thunberg verspottet wie viele andere auch.

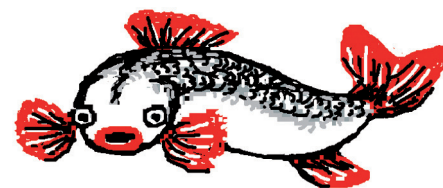
Bei und in Deutschland traf sich noch kurz vor dem Klimagipfel in New York die GroKo und legte Maßnahmen vor. Aber unterschiedlicher könnte die Wahrnehmung diesen Pakets wohl kaum sein: Während die Große Koalition ihr Klimapaket lobt, sprechen Klimaforscher von einer „Nullnummer“ und von „Mini-Schritten“.

Der Klimaexperte Latif schrieb z. B.: „So rettet man das Klima nicht. Denn wir haben praktisch keine Zeit mehr zu verlieren, wir haben das Klimaproblem seit Jahrzehnten ignoriert. ... Wir verharren in alten Denkmustern, ...“.

Ich denke man muss kein Klimaforscher zu sein um zu erkennen, dass die jetzt beschlossenen Maßnahmen völlig unzureichend sind. Hat in dieser 19-stündigen Dauerberatung der GroKo-Klimakommision wirklich jemand geglaubt, das plötzlich nachholen zu können, was in den letzten 19 Jahren verschlafen wurde?

Ich habe eher den Eindruck, als lautete die Kernfrage der 19-stündigen Verhandlung, wie man die klimapolitische Arbeitsverweigerung dem Wähler als Erfolg verkaufen könne.

Das meint eure Rotfeder



# DIE LINKE IN DER DEBATTE ZUM KLIMAWANDEL

## Küstenlotterie Mecklenburg-Vorpommern – Pilotprojekt zur Reduktion von Plastikmüll an unseren Stränden

### Ausgangssituation

Jedes Jahr landen acht Millionen Tonnen Plastikmüll in den Ozeanen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Mengen bis 2030 verdoppeln und sich bis zum Jahr 2050 sogar vervierfachen werden. Meeremüll tötet weltweit mehr als eine Million Seevögel, hunderttausende Meeressäuger und eine unbekannte Anzahl von Fischen. Kunststoff ist besonders problematisch, weil er sehr langsam zerfällt und in Mikroplastik zersplittern kann.

Berichte über Plastikmüll in unseren Ozeanen klingen immer ziemlich weit weg. Doch sind die Probleme mit den Unmengen von Plastikmüll nicht nur in den tropischen Ozeanen zu finden, sondern auch hier in Mecklenburg-Vorpommern längst Realität. Durch das „Strandmüll-Spülsaummonitoring M-V“ wissen wir, dass an unseren Stränden ein Plastikmüllproblem besteht. Auch wenn der sichtbare Teil des Plastikmülls nur die Spitze des Eisbergs ist, kann und muss an dieser Stelle mehr für den Schutz der Ostsee, der Meeresbewohner, der Küsten und Strände getan werden. Natürlich ist das Projekt nur ein Teil, der zum Erfolg im Kampf gegen den Plastikmüll führt. Hier sind alle gefragt. Auch Unternehmen und die öffentliche Verwaltung. Unsere Fraktion hat sich mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt und Beschlüsse gefasst, wie wir selbst in unserer täglichen Arbeit Plastikmüll vermeiden können.

### Küstenlotterie in Norwegen

In Norwegen wurde im Jahr 2016 die Küstenlotterie ins Leben gerufen. Bisher beteiligen sich 85 Gemeinden. Die Küstenlotterie ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der lokalen Bevölkerung, lokalen und regionalen Unternehmen und verschiedenen Sponsoren und Partnern, die alle zum Ziel haben, die Küsten des Landes vom Müll zu befreien. Ziel ist es nicht nur den Müll an den Küsten zu sammeln, sondern, insbesondere bei den Kindern- und Jugendlichen, ein Bewusstsein für das Thema Plastikvermüllung zu schaffen. Sowohl regional, als auch national werden regelmäßig Preise verlost, die zu einem großen Teil von Unternehmen und Privatpersonen

gesponsert werden.

### Umsetzung in Mecklenburg-Vorpommern

Das Ziel ist es Schritt für Schritt 50 Gemeinden für dieses Pilotprojekt zu gewinnen. Dabei soll es keine Beschränkung auf die Küstengemeinden geben, sondern auch Gemeinden an Binnenseen können sich beteiligen.

In jeder dieser Gemeinden könnte entsprechend ein Container an zentraler Stelle aufgestellt werden. Die Beratung und Unterstützung erfolgt über die Stiftung Umwelt und Naturschutz MV. Hier befinden sich bereits Strukturen und die Erfahrung. Die Gewinnung von Partnern für die Ausgabe der Säcke und von Sponsoren der Preise gehört gleichermaßen dazu. Für eine Projektdauer von zunächst 5 Jahren werden 2 Millionen Euro veranschlagt.

### Statements

**Dr. Mignon Schwenke** (Sprecherin für Umwelt, Energie und Verkehr)

„Wer glaubt, dass Plastikmüll in den Meeren nicht die Ostsee betrifft, der irrt. Mehr als 30.000 Müllteile, vor allem aus Plastik, wurden in den letzten Jahren an unserer Küste gefunden. Mit der Küstenlotterie kann Mecklenburg-Vorpommern einen aktiven Beitrag zur Reduktion von Plastikmüll an unserer Küste leisten. Hier geht es nicht nur um die aktive Beseitigung von Plastikmüll, sondern auch darum, die Menschen auf die Probleme, welche durch Plastikmüll verursacht werden, aufmerksam zu machen.“

**Jacqueline Bernhardt** (Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie, Recht und Verbraucherschutz)

„Ein Schlüssel im Kampf gegen den Plastikmüll sehe ich auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Nur wenn die Menschen wissen, was Plastikmüll anrichten kann und wenn sie wissen, was für Alternativen es gibt, kann ein Umdenken stattfinden. Wir wollen Einheimische und Gäste dafür gewinnen sich aktiv für den Schutz unserer wunderschönen Natur einzusetzen, wir haben eine Chance, das uns das am Ende wirklich gelingt.“

**Sten Helberg:** (Senior Adviser Kystlotteriet)

„Die Küstenlotterie ist ein erster Schritt zum Umdenken und ein Anreizsystem, aktiv etwas gegen Plastikmüll zu unternehmen. Es ist eine Lotterie bei der alle gewinnen – Mensch und Umwelt. Denn es

hat sich gezeigt, dass die Menschen, die Plastik sammeln, in Zukunft auch keinen Müll in die Umwelt werfen.“

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

*P.S.: Auf Antrag unserer Fraktion prüft die Hansestadt Rostock die Einführung der Küstenlotterie auch in Rostock. Das entschied die Bürgerschaft am 25.9.*

## Auch Mecklenburg-Vorpommern muss mehr tun für den Klimaschutz

Die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke, bewertet den vorgelegten 3. Sonderbericht des Weltklimarates zum Zustand von Meeren und Eisschilden als dringliche Handlungsaufforderung auch für Mecklenburg-Vorpommern:

„Der Weltklimarat kommt heute zu einem verheerenden Fazit: Der Meeresspiegel stieg in den letzten 10 Jahren deutlicher als erwartet, den Eiswelten geht es so schlecht wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. Das ist eine deutliche Aufforderung, schneller und wirkungsvoller beim Klimaschutz zu handeln – auch in Mecklenburg-Vorpommern.“

Den Leugnern des menschengemachten Klimawandels und derjenigen, die immer noch behaupten, wir können hier sowieso nichts ausrichten, möchte ich entgegen: Sicher können wir hier im schönen Mecklenburg-Vorpommern mit einem blauen Auge davonkommen – wir müssen nur viel mehr Geld in den Küstenschutz stecken.

Wir dürfen dabei aber nie vergessen, dass gerade die Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren werden, die am wenigsten für den menschengemachten Klimawandel verantwortlich sind. Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind unser CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf und unser ökologischer Fußabdruck deutlich höher als der jener Menschen, die unter den Folgen des Klimawandels besonders leiden werden. Gerade das verpflichtet uns, wesentlich mehr für den Klimaschutz zu tun und das auch viel schneller. Zudem sagen alle neuen Erkenntnisse zum Klimawandel vorher, dass es unsere Kinder, deren Kinder und Enkel wesentlich härter treffen wird als meine Generation, die noch gegensteuern kann.“

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

## NIE WIEDER KRIEG!

Appell zum 1. September:  
Nie wieder Krieg – soziale  
Sicherheit statt Aufrüstung und  
Konfrontation

**Nachricht von Sahra Wagenknecht,  
Dietmar Bartsch, 01. September 2019**

Anlässlich des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkriegs appellieren die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch:

„Der 1. September 2019 ist Weltfriedenstag. An diesem Tag jährt sich zum 80. Mal der Überfall Nazideutschlands auf Polen. Mit diesem Angriff begann die Führung des Dritten Reiches ihren verbrecherischen Angriffskrieg, in dessen Folge ganz Europa verwüstet und über 60 Millionen Menschen getötet wurden. Erst am 8. Mai 1945 wurde in Europa der von Deutschland ausgehende Zweite Weltkrieg durch die Alliierten beendet, in dem die Sowjetunion die Hauptlast trug. Nie wieder soll Krieg von deutschem Boden ausgehen, das war und ist die Mahnung und Verpflichtung dieses Tages. Diese Verpflichtung gegen Aufrüstung und Krieg wurde von den Müttern und Vätern

als Friedensgebot im Grundgesetz verankert. Der Weltfriedenstag ist für uns Anlass, an der Seite der Friedensbewegung an dieses Friedensgebot zu erinnern. Als LINKE fordern wir die Einhaltung der Verpflichtung des Grundgesetzes und eine Politik, die auf Deeskalation und Entspannung statt auf das Schüren von Konflikten setzt. Wir sagen mit dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt: ‚Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.‘ Die Bundesregierung muss deshalb die Bundeswehr aus Afghanistan, Irak und Mali zurückholen, aber auch den USA die Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland für ihre Drohnenkriege und die Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran versagen. Rüstungsexporte, bei denen der Tod tausender Menschen billigend in Kauf genommen wird, müssen verboten werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich auf Abrüstung zu setzen und den Verteidigungshaushalt nicht auf 85 Milliarden Euro zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels

der NATO zu erhöhen. Wir brauchen kein Geld für neue Panzerarmeen, Kriegsflotten und Kampfflugzeuge, sondern Investitionen in einen starken Sozialstaat, soziale Sicherheit, in die Infrastruktur und in einen sozial-ökologischen Umbau angesichts der durch den Klimawandel erzeugten Katastrophen.

Wir fordern wirksame Entspannungsbemühungen gegenüber Russland. Die politisch gescheiterten und wirtschaftlich unsinnigen Sanktionen gegenüber Russland müssen aufgehoben werden. Nicht nur angesichts der heraufziehenden Rezession sind die Sanktionen in hohem Maße unverantwortlich. Auch langfristig sind gute Wirt-

schung, sich stark zu machen gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung und für Kooperation, Austausch und zivile Konfliktbewältigung. Damit eine friedlichere Welt möglich wird.“

**Abzug aller US-Streitkräfte und  
Schließung der US-Basen in  
Deutschland**

**Beschluss des Parteivorstandes vom  
11. September 2019**

DIE LINKE nimmt die Aussagen von US-Botschafter Richard Grenell, die US-Truppen aus Deutschland gegebenenfalls abziehen zu wollen, zur Kenntnis. DIE LINKE fordert den sofortigen Abzug der 35.000 US-Soldaten aus Deutschland sowie deren Rückführung in die USA und die Schließung aller US-Basen in Deutschland. Diese Stützpunkte dienen zur Führung völkerrechtswidriger Kriege, zu Drohnenmorden über den Stützpunkt in Ramstein und jetzt zur Vorbereitung eines möglichen Krieges gegen den Iran. Ihre Existenz ist mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar. Auch um nach der Kündigung des INF-Vertrags durch die USA ein Zeichen gegen ein neues atomares Wettrüsten zu setzen, müssen die US-Atomwaffen aus Deutschland und anderen europäischen Staaten abgezogen werden.

- DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, aktiv gegenüber der US-Regierung auf den Abzug der US-Atomwaffen zu dringen und die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO für einen Einsatz von Atomwaffen durch deutsche Soldaten zu beenden.
- DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, den Aufenthaltsvertrag und das NATO-Truppenstatut im Hinblick auf die US-Soldaten umgehend zu kündigen.

### LYRIK

Von der Leyen (von Jürgen Riedel)

Immer dieselbe Leier  
Verteidigung Verteidigung Verteidigung

Vergleichbar mit der alten Leier  
von 1914  
dem zerfleischenden Jahr?

Für Minister und Militärs  
gefangen in zwei Schlachthof-Allianzen  
war Verteidigung Tarnwort für Angriffskrieg

Bombt NATO mit explosivem Geltungsdrang  
Frieden fort?



schafts- und Handelsbeziehungen mit Russland wichtig für unser Land. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie einer weiteren Konfrontationspolitik gegenüber Russland eine klare Absage erteilt und auf diplomatische Lösungen, die Schaffung von zivilgesellschaftlicher Kooperation und eine Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches setzt.

Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die Beendigung der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO durch die Bundesregierung und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland. Die Kündigung von Abrüstungsverträgen, wie des INF-Vertrags durch US-Präsident Donald Trump, muss für die Bundesregierung ein Weckruf sein, sich einem neuen atomaren Wettrüsten mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, ob in Europa oder Ostasien, entgegenzustellen.

Der 1. September ist Anlass und Verpflich-

## ◀ EUROPAPOLITIK

# HELMUT SCHOLZ BERICHTET

Das neue Europäische Parlament (EP) hat seine Arbeit nach der Wahl im Mai 2019 aufgenommen. Ich bin durch das Votum der Wählerinnen und Wähler wieder in das EP gewählt worden. Dafür auch an dieser Stelle mein herzliches Dankeschön.

Was ist meine persönliche Bilanz aus der zurückliegenden Wahlperiode? Allem voran: die demokratische Beteiligung an Entscheidungen europäischer Politik muss gestärkt und transparenter werden. Denn Kommunalpolitik hat auch immer eine EU-Dimension. Ich habe mich für Denkansätze einer sozialen und solidarischen Wirtschaft engagiert, für die „EU-Bürgerinitiative“ stark gemacht, die „Faire und ethische Handelsagenda der EU“ vorangetrieben.

Als größte anzugehende Aufgaben in der neuen Wahlperiode sehe ich, Frieden und Stabilität in Europa und auch weltweit zu erhalten. Zu ändern ist unsere Art zu produzieren, zu konsumieren – nur so lassen sich Klimawandel, Natur- und Artenschutz bewältigen. Aufgabe ist die Überwindung von Armut, Durchsetzung einer nachhaltigen und regionalen Kreislaufwirtschaft, inkl. Müllvermeidung, Infrastrukturausbau, Bildungsoffensive. Strukturwandel bei gleichzeitiger sozialer Sicherung sowie Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge sind zu gewährleisten. Wichtig bleiben Solidarität und eine gemeinschaftliche menschliche Flüchtlings- und Asylpolitik. Nationalismus und Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind europaweit entschieden entgegenzutreten!

Besonders einbringen werde ich mich weiterhin im Ausschuss für Internationalen Handel des EP und hier weiter die Grundprinzipien der globalisierten Weltwirtschaft hinterfragen: Wachstum kann nicht mehr das Maß aller Dinge sein. Wir



brauchen einen international fairen und solidarischen Handel. Messlatte sind die für alle Kontinente vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 und die Verhinderung des Klimawandels. Deshalb sind Menschen- und Umweltrechte nicht nur allgemein zu erwähnen, sondern deren verpflichtende und durchsetzbare Einhaltung muss Kern jedes Abkommens werden. Und das EP braucht endlich ein

Gesetzesinitiativ- und zugleich Untersuchungsrecht.

Und was habe ich mir für die regionale Ebene vorgenommen? Wo sehe ich hier Aufgaben für mich? Bürger\*innen sollen Vertrauen, Selbstvertrauen und viele Möglichkeiten haben, sich in Politik einmischen zu können. Ich möchte, dass sie nicht gleichgültig abwinken, sich wegdrücken oder vermeintlich einfach klingenden Versprechungen und schnellen Lösungen folgen. Die Welt ist komplex, noch nie waren wir als Gesellschaften so von- und aufeinander angewiesen. Deshalb werde ich auch vor Ort dazu beitragen, Zusammenhänge und gute Gründe für ein Mitwirken an der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaften in der EU aufzuzeigen. Für uns alle gilt, uns Stimme und Gehör in der EU und deren Parlament zu verschaffen und mitzugestalten an der europäischen Zukunft.

Auch heißt es nicht „Die da oben haben ...“ oder „Die in Brüssel haben ...“! Es sind nicht „Die“, sondern konkrete Akteure und politische Mehrheiten in Politik und Wirtschaft – dort wie in den EU-Mitgliedsstaaten. So, wie es immer eine andere Meinung und politische Parteien gibt, die für diese stehen, und um ihre alternative Position bei Wählerinnen und Wählern werben. Und dann müssen die Wählenden entscheiden.

*Text: Helmut Scholz / Foto: Uwe Völkner FOX*

## ◀ DIETMAR BARTSCH

# FAKTEN IRRITIEREN HIRTE NICHT

**Dietmar Bartsch über den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit und den Ostbeauftragten der Bundesregierung**

*Im Wortlaut von Dietmar Bartsch, neues deutschland, 26. September 2019*

Ja, es ist viel erreicht worden in den Jahren nach der Deutschen Einheit. Niemand leugnet das. Im Gegenteil. Viele engagierte Menschen, Ost- und Westdeutsche haben Tolles geleistet. Aber der Lobhudelei des Ostbeauftragten der Bundesregierung Christian Hirte muss widersprochen werden. Die ostdeutsche Wirtschaftskraft je Einwohner liegt laut aktuellem Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit bei 75 Prozent des Westni-

veaus. Das hört sich erst einmal passabel an.

Aber vergleichen wir diesen Wert mit den 1990er Jahren. 1995 lag diese Quote bei 65 Prozent. Die Wirtschaftskraft Ost wurde in einem knappen Vierteljahrhundert in Relation zum Westniveau um 10 Prozent gesteigert. In diesem Tempo würden wir die wirtschaftliche Einheit im Jahr 2081 vollenden. Donnerwetter! Fast 100 Jahre nach der Einheit.

Ein zweites Beispiel: Die Löhne haben inzwischen 85 Prozent des Westniveaus erreicht. Im Jahr 2000 lag dieser Wert bei 80 Prozent. Die Lohnangleichung zwischen Ost und West erreichen wir mit dieser Geschwindigkeit im Jahr 2073! In meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern

liegt der Median-Bruttolohn bei 2496 Euro (Median heißt, die eine Hälfte verdient mehr, die andere weniger), in den westdeutschen Ländern liegt er bei 3434 Euro. Das sind fast 1000 Euro weniger und nur 73 Prozent des Westniveaus. Das ist das Gegenteil von gleichwertigen Lebensverhältnissen.

Beim Armutsrisiko geht es sogar in die komplett falsche Richtung. Mehr Menschen sind arm oder von Armut bedroht als vor einem Vierteljahrhundert – in Ost wie West. Gerade weil die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, sind diese Zahlen eine Bankrotterklärung.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung lässt sich von Fakten nicht irritieren. Er stellte zuletzt blühende Landschaften in

den neuen Ländern fest. Der Realitätsverlust von Hirte ist bemerkenswert. Ostdeutschland und immer mehr Regionen im Westen sind von blühenden Landschaften so weit entfernt wie der Ostbeauftragte von den Ostdeutschen.

Vieles, was der Bericht feststellt, geht noch immer auf die Kahlschlag-Politik der Treuhand zurück. Der Treuhand faktisch freie Hand zu lassen, war einer der schwersten Fehler der Deutschen Einheit. Dem Bericht zufolge ist die Mehrheit der Ostdeutschen unzufrieden mit dem Verlauf der Wiedervereinigung. Was folgt daraus für die Bundesregierung?

Es wäre höchste Zeit für ein Ende der Ignoranz und eine gründliche Aufarbeitung der Treuhand- und Nachwendzeit!

Nur in 1,7 Prozent der Spitzenpositionen sitzen Ostdeutsche. Kein Rektor einer Universität kommt aus dem Osten, kein Bundesrichter. In den Bundesministerien kommen nur drei von 120 leitenden Beamten aus dem Osten. Von 217 Bundeseinrichtungen sind lediglich 23 im Osten angesiedelt. Von 109 Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, haben fünf ihren Sitz in Ostdeutsch-

land. Das ist alles föderal grob unfair! Wir fordern keine Extrawurst für den Osten, sondern einen Pakt für föderale Fairness - bei Personal, Behörden, Forschungseinrichtungen und Bundesunternehmen. Das wäre strukturpolitisch sinnvoll und von hoher Symbolkraft. Es geht um Augenhöhe 30 Jahre nach dem Mauerfall.

Interessant sind auch die Lücken im Bericht. Zum Beispiel wird über Kinderarmut und Niedriglohnsektor gar nicht berichtet. Ist es für die Einheit des Landes keine relevante Frage, wenn die Zahlen hier nicht nur sehr hoch sind, sondern zwischen Ost und

West extrem unterschiedlich? Laut Kinderschutzbund leben ca. 4,4 Millionen Kinder in Armut. Im Osten ist die Quote fast doppelt so hoch wie im Westen. Kinderarmut ist skandalös, inakzeptabel und ein Zukunftsrisiko für unser Land. Wir brauchen endlich eine Politik der Null-Toleranz bei Kinderarmut. Das ist eine zentrale Herausforderung für die soziale Einheit des Landes.

Ostdeutsche arbeiten länger und verdienen weniger. Jeder dritte ostdeutsche Arbeitnehmer muss zu einem Niedriglohn arbeiten. Auch hier ist die Quote im Osten fast doppelt so hoch. Ostdeutschland hat den mit Abstand größten Niedriglohnsektor Europas. Wer hier nicht handelt, wird bei der Lohnangleichung zwischen Ost und West scheitern.

In sechs Wochen begehen wir den Jahrestag 30 Jahre Mauerfall. Selbstverständlich können die Ostdeutschen stolz sein: Viel wurde geleistet. Der Bericht zum Stand der Deutschen Einheit zeigt aber auch: Das meiste wurde nicht wegen, sondern trotz der Bundesregierungen der vergangenen drei Jahrzehnte erreicht.



## DIETMAR BARTSCH ÜBER DIE HAUSHALTSDEBATTE

### Zwischen den Zeilen

Wenn im Bundestag die Generaldebatte zum Haushalt stattfindet, dann klingt das erst einmal etwas trocken. Finanzen und Zahlen werden hin- und hergeschoben, was für viele erstmal dröge wirkt. Dabei zeigt der Haushaltsentwurf der Regierung ihre politischen Absichten und Prioritäten. Ganz unabhängig davon, was in großen Reden verkündet wird. Die Reden der Regierung in der Debatte diese Woche sollten von Aufbruch und Tatendrang geprägt sein. Leider spiegelt sich das im Haushaltsentwurf nicht wider. Deswegen habe ich anhand von 3 Beispielen in meiner Rede versucht klarzumachen, inwiefern der Haushalt den Stillstand der Regierung offenbart.

1. Wirtschaftswissenschaftler aller politischen Richtungen sind sich einig, dass Deutschland nachhaltig in die Zukunft investieren muss. Oder um es mit den Wor-

ten von des ehemaligen Chef-Wirtschaftsberater von Barack Obama zu sagen: „Ich kann mir heute keinen Ort auf der Welt vorstellen, wo es mehr Argumente für einen staatlich finanzierten Konjunkturimpuls gibt als in Deutschland.“ Aber die Investitionsquote liegt gerade einmal bei 11 Prozent.

2. Wenn vom 2-Prozent-Ziel der NATO gesprochen wird, klingt das erstmal wenig, weil oft vergessen wird, dass das 14 Prozent der Ausgaben des Haushalts entspricht. Während das Land vielfach gespalten ist, werden Milliarden in die Bundeswehr gepumpt. Das landet dann nicht einmal bei den Soldaten und Soldatinnen, die dringend Ausrüstung brauchen, sondern in albernem Prestigeprojekten oder bei Beratern.
3. Jedes Jahr muss der Bund mehr

und mehr dafür ausgeben, dass die Menschen eine so genannte Grundsicherung im Alter erhalten, was nichts anderes als Hartz IV ist. Warum? Weil die Renten so niedrig sind, dass sie die Grundsicherung unterschreiten. Ein Skandal. Deswegen fordern wir unter anderem, dringend den Mindestlohn anzuheben, denn alles unter 12 Euro bedeutet Altersarmut.

Diese Punkte sind klare Beispiele, was bei der Regierung unter Merkel seit 15 Jahren falsch läuft. Nach meiner Überzeugung wird es mit Schwarz-Rot kaum positive Entwicklungen geben.

Nicht zuletzt äußerte ich nach der Rede meines Kollegen Rolf Mützenich (SPD) die Hoffnung, dass es in der nächsten Legislatur zu einem Aufbruch von Mitte-Links kommt.

13. September 2019

# ◀ AUS DER ROSTOCKER BASIS EINE ERGÄNZUNG

In der letzten Ausgabe des „KLARTEXT“ lasen wir den Bericht über die 3. Tagung des 6. Kreisparteitages. Darin wird zweimal auf den Beitrag unseres Sprechers Holger Möller Bezug genommen. Leider erscheint uns die Wiedergabe zu bruchstückhaft. Wir möchten auch darauf verweisen, dass Holger hier den in der Mitgliederversammlung abgestimmten Standpunkt unseres Stadtteilverbandes zum Ausdruck gebracht hat. Der Vollständigkeit halber wollen wir hier noch einmal die Schwerpunkte betonen und einige Ergänzungen zu seinem Redebeitrag hinzufügen. In der Mitgliederversammlung am 11.09.2019 wurde einstimmig beschlossen, den folgenden Inhalt im „Klar-text“ veröffentlichen zu lassen.

Da wir bereits zeitig davon ausgingen, dass Steffen Bockhahn für das Amt des OB kandidieren wird, hatten wir unser „Tafel-Projekt“ so angelegt, dass es in allen Stadtteilen durchgeführt wird. Dabei sollte Steffen entsprechend eingebunden sein, damit er in den Kreisen, deren Interessen wir besonders vertreten wollen, bekannt wird. Leider wurde das Projekt, trotz anfänglicher breiter Zustimmung eben nicht im gesamten Stadtgebiet realisiert, sondern nur bei uns im Nordosten. Zu diesem Zeitpunkt war Steffen wegen seines Urlaubs nicht anwesend. Somit ist eine Chance vertan worden, Steffen bereits lange vor dem direkten Wahlkampf zu Bekanntheit und Ansehen unter seinen potentiellen Wähler zu verhelfen.

Der Wahlkampf zur Kommunalwahl ist von weiteren vergebenen Chancen gekennzeichnet. Laut dem auf der 1. Tagung unseres 6. Kreisparteitages beschlossenen Fahrplan sollten ab Juni 2018 Workshops zum Kommunalwahlprogramm stattfinden, im September sollte das Programm diskutiert werden, um dann auf der 2. Tagung im Dezember beschlossen zu werden. Nach dem Workshop im Juni, bei dem viele Ideen zusammengetragen wurden, kam es aber nie zu einer Diskussion des Programmentwurfes. Vor der 2. Tagung war es nur noch möglich, in einem formalisierten Verfahren unter Zeitdruck Änderungs- oder Zusatzanträge einzubringen, wodurch die Beratungs- und Diskussionsphase nicht ersetzt werden konnte. Das Wahlprogramm wies dadurch entsprechende Defizite auf.

Leider fiel diesem Verfahren der Vorschlag zum Opfer, die WIRO von der Zielstellung zu befreien, Rendite für die Kommune zu erbringen. Man könnte alternativ auch fordern, sie in eine gemeinnützige Gesell-

schaft (gGmbH) umzuwandeln, so dass die WIRO-Mieter nicht mehr mit ihren Mieten zur Sanierung des Stadthaushaltes beitragen müssen. Die WIRO hatte neben der Zahlung einer Gewerbesteuer von 12 Millionen Euro eine Gewinnausschüttung von 14 Millionen Euro an die Stadt vorgenommen. Mit Blick auf die Entwicklung in Berlin (Mietendeckel, Enteignungsdiskussion) wäre unser Wahlprogramm Vorreiter der aktuellen Entwicklung geworden. Der Gedanke ließe sich auch auf die OSPA übertragen, die ihren Kunden Entgelte für den Zahlungsverkehr in Rechnung stellt, um einen Gewinn zu generieren, der sie zu einer Gewerbesteuer in Millionenhöhe verpflichtet.

Vergeben wurde die Möglichkeit, die Grünen auf ihrem eigenen Feld zu schlagen. Die Klärschlammproblematik hätte dafür eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten. Hier standen sich zwei Verfahren für die Behandlung des Klärschlammes gegenüber – eines, bei dem CO<sub>2</sub> erzeugt wird und eines, das ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen auskommt und kostengünstiger ist. Wie sich in der öffentlichen Diskussion herausstellte, hatten die Spitzen der Grünen in Rostock und M/V keine Ahnung vom Sonderreport 1.5 des



Weltklimarates (IPCC) vom Oktober 2018. Eine konsequente Befürwortung des Verfahrens ohne CO<sub>2</sub>-Erzeugung, auch in der Bürgerschaft, hätte uns in eine Vorreiterrolle gegenüber den Grünen gebracht. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Klimadebatte wäre das ein unschätzbare Vorteil zur Wahl gewesen. Da das Problem lange bekannt war, hätte es sich gelohnt, bei der Fraktion eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die auftretenden Fragen ausführlich hätte diskutieren können. Aber es wurde, wieder unter kräftigen Zeitdruck, nur eine kurze Diskussion in der Fraktion möglich. Das Ergebnis bei der Abstimmung in der

Bürgerschaft war entsprechend niederschmetternd.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass es sich lohnen würde, auf die Vorschläge der Basis bei der Kandidatenaufstellung zu bauen und nicht in einem Parallelprozess an der Wirklichkeit vorbei zu arbeiten. Nachdem Eva-Maria Kröger die von der Regel abweichende Liste für die Südstadt als Ausnahme begründet hatte, wollten wir diesem Beispiel folgen und schlugen eine Aufstellung der Liste für den Nordosten nach unseren Vorstellungen vor. Dies wurde unter seltsamen Umständen und Begründungen abgelehnt. Wie sich dann zeigte, stimmte die von den Bewerbern erzielte Stimmenzahl mit der von uns vorgeschlagenen Reihenfolge überein, während ein seitens des Kreisvorstandes gesetzter Kandidat z.T. nicht einmal bei den Genossen des Stadtteilverbandes bekannt war. Wieder einmal hatte die Praxis als Kriterium der Wahrheit der Basis Recht gegeben. Im Programm wurde zur Frage eines kostenlosen ÖPNV keine klare Stellung bezogen. Angeblich boten wir dem Bürger eine Diskussion dazu an. Wie sich bei den Gesprächen mit den Wählern zeigte, war das nicht einmal den Kandidaten klar geworden. Vor solchen Aussagen ohne deutliche Position sollten wir uns in Zukunft hüten.

Schließlich und endlich zu der Erwähnung der Strandbahn im „KLARTEXT“: Das Thema „Strandbahn“ sollte nach unseren Vorstellungen als Highlight dienen, um das Interesse der Öffentlichkeit auf unser Programm zu lenken. Dass solches Projekt nicht ad hoc erreicht werden kann und auch von der Stadt allein nicht so ohne weiteres zu stemmen ist, war uns klar. Doch in einer Zeit, in dem die CDU die Straßenbahn publikumswirksam nach Gehlsdorf verlängern und Karls Erlebnishof mit einer Seilbahn erreichen will und Grüne, SPD und CDU einen Steg über die Warnow nach Gehlsdorf errichten wollen, sollte es doch möglich sein, auch diese Vision zu haben, würde damit doch auch eine Wunde geschlossen, die der Krieg und die große Not der Nachkriegszeit unserer Stadt geschlagen haben.

Ziel war aber auch, die touristische Attraktivität unseres Küstenabschnittes zu erhöhen und, auch mit Blick auf die Ökologie, den Individualverkehr zu verringern.

Vorstand des Stadtteilverbandes Nordost



## WENN ES HEISST: ZWANGSUMZUG ODER DIE MIETE VOM MUNDE ABSPAREN

Langzeiterwerbslose, Aufstockende und besonders arme Rentnerinnen und Rentner sollen laut Gesetz die Wohnkosten ersetzt bekommen – doch nur in angemessener Höhe. Was als angemessen gilt, wird jeweils vor Ort in den Städten und Landkreise festgelegt. Das klingt erstmal vernünftig, schließlich geht es nicht darum, Luxuswohnungen zu finanzieren. Doch leider müssen viele Kommunen so sehr sparen oder sie setzen die falschen Prioritäten, dass sie oft die Angemessenheit viel zu gering ansetzen. Eine aktuelle Anfrage an die Bundesregierung (siehe unten) von uns brachte es ans Licht: Im Jahr 2018 bekamen die Betroffenen 538 Millionen Euro zu wenig für die Kosten der Unterkunft ausgezahlt. Ich bezeichne die Differenz zwischen den Wohnkosten, die bei den Ärmsten tatsächlich anfallen, und den Wohnkosten, die sie tatsächlich ausgezahlt bekommen, als Wohnkostenlücke. Diese „Wohnkostenlücke“ von 538 Millionen Euro mussten sich Hartz-IV-Betroffene im Jahr 2018 vom Munde absparen. Und wir reden hier von Menschen, die sowieso jeden Euro dreimal umdrehen müssen. Wer die Wohnkostenlücke nicht vom Munde absparen kann, ist gezwungen umzuziehen. Oft bedeutet dies, dass Ärmere Menschen vor Ort keine neue Wohnung finden und deshalb zunehmend in einem Stadtteil konzentriert leben. Der Abschied aus dem vertrauten Wohnumfeld ist gerade für Ältere, für Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehende eine besondere Härte. Bedeutet der Umzug doch den Verlust von Nachbarn, denen man vertraut, die mal bei Einkäufen helfen oder bei der Kinderbetreuung einspringen können.

Die steigenden Mieten machen auch vor Hartz-IV-Betroffenen nicht halt. Die Vorgaben der Jobcenter für die Kosten der Unterkunft und Heizung tragen dem aber nicht Rechnung. 538 Millionen mussten sich Hartz-IV-Betroffene 2018 vom Munde absparen – seit dem Beginn der statistischen Erfassung 2011 bis 2018 insgesamt sogar 4,8 Milliarden Euro. Und es geht nicht um Kleinbeträge. Der jährliche Fehlbetrag 2018 beträgt im Durchschnitt pro Bedarfsgemeinschaft über 80 Euro monatlich, die die Betroffenen vom bereits zu geringen Hartz-IV-Regelsatz bestreiten müssen. Das Geld fehlt im täglichen Leben für Schulsachen, für Reparaturen, für gesunde Ernährung.

Wir als LINKE fordern deshalb, dass bundesweite verbindliche Kriterien für die Kosten der Unterkunft und Heizung festgelegt werden, die auch tatsächlich ausreichen,

um eine taugliche Wohnung zu bezahlen. So sollte bei der Festlegung der Angemessenheit auch geprüft werden, dass tatsächlich auch vor Ort Wohnungen unterhalb dieser Grenze frei verfügbar sind. Der Bund muss sich auch stärker an den Kosten beteiligen, letztlich bei Hartz IV wie

**Keine Dividenden  
mit den vier Wänden!**



www.die-linke.de

bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig finanzieren. Und generell sollten längere Zeit die bisherigen Mietkosten komplett übernommen werden, damit sich die Menschen auf die Suche nach einem neuen Job konzentrieren können.

Die Wohnkostenlücke ist ein Beispiel von vielen, das zeigt: Hartz IV muss grundlegend überwunden werden, durch gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung von mindestens 1050 Euro netto im Monat.

*Katja Kipping*

\*\*\*

### DIE LINKE unterstützt Aktionsbündnis „Wohnen ist Menschenrecht“

Die Gründung des bundesweiten Aktionsbündnis „Wohnen ist Menschenrecht“ markiert einen weiteren Meilenstein im Kampf gegen Mietenwahnsinn und Immobilienspekulation.

Ein breites Netzwerk aus verschiedenen Organisationen, Vereinen und Initiativen hat sich zum Ziel gesetzt, sich gemeinsam gegen Spaltung, Verdrängung und Wohnungslosigkeit einzusetzen und für bezahlbaren Wohnraum, statt Rendite für wenige, zu kämpfen. Ein starkes und wichtiges Zeichen!

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit dem bundesweiten Aktionsbündnis und ist dem Unterstützerinnen- und Unterstützerkreis

beigetreten. Ebenso wird sich DIE LINKE an bundesweiten Aktionen und lokalen Bündnissen im Rahmen der „Bezahlbare Miete statt fatter Rendite“-Kampagne beteiligen.

Hierzu Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE: „Der Kampf für bezahlbare Mieten nimmt weiter Fahrt auf. Dieser Zusammenschluss zeigt die Dimension und die Notwendigkeit des Wunsches vieler Mieterinnen und Mieter nach sozialer Gerechtigkeit und bezahlbaren Mieten. Explodierende Mietpreise, Verdrängung und Immobilienspekulation können nicht widerspruchlos hingenommen werden. Solidarisch stehen wir an der Seite des Aktionsbündnisses und werden uns mit allen Kräften an den anstehenden Aktionen und Protesten mit unserer bundesweiten Kampagne beteiligen. Für mich ist klar: Wohnen ist ein Menschenrecht.“

Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE: „Berlin hat gezeigt, wie es geht: Einführung des Mietendeckels und die rechtliche Möglichkeit der Enteignung von Vonovia und Co. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Rest der Republik nachzieht. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis werden wir der Beton- und Immobilienlobby ihre Grenzen aufzeigen. Gemeinsam wollen wir den politischen Druck erhöhen, um bundesweit den Mietenwahnsinn zu beenden. Die Linke steht dabei fest an der Seite des Aktionsbündnisses und der Mieterinnen und Mieter. Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt.“

## LYRIK

Kulturelle Verblödung (von Jürgen Riedel)

Dung-Sendung mit Unterhaltungsmusik  
Im Publikum  
infiziert von Unkulturitis  
wählt wohl niemand links  
links und Kultur gehören zusammen

Luxuskarren (von Jürgen Riedel)

chromblitzendes Prestige  
getunter Kampf  
gegen Minderwertigkeitskomplexe:  
psychologische Gründe  
für Auspuff-Pest Crash mit dem Klima

Was auf der Hand liegt (von Jürgen Riedel)

Kapitalismus und Demokratie  
Marktwirtschaft und sozial  
Beides passt wie die Faust aufs Auge

## LEHREN AUS DEN NIEDERLAGEN

**Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg waren für DIE LINKE ein Desaster. Was sind die Gründe? Was müssen wir anders und besser machen?**

Allgemein ist eine starke Politisierung in der Gesellschaft zu beobachten; politische Themen spielen in den Alltagsgesprächen wieder eine größere Rolle. Diskutiert wird vor allem über Richtungsfragen: Rechtsruck, Zuwanderung, Klimawandel. Welche Richtung schlägt die deutsche Gesellschaft in diesen großen Fragen unserer Zeit ein?



Hat unsere Partei auf diese Fragen eindeutige Antworten? Ein Blick auf die langfristigen Wahlrends zeigt, dass DIE LINKE sich in den letzten 22 Wahlen in 12 gegenüber ihrem Vorergebnis verbessert hat, bei zehn verschlechtert. Allerdings sind die Einbußen höher als die Zugewinne (und sie kommen von höheren Ausgangswerten). Verloren haben wir in den ostdeutschen Ländern (außer Thüringen). Es scheint sich um einen historischen Prozess zu handeln: Nach einer Hochzeit in den Jahren 2003 bis 2009 (wesentlich angetrieben durch den Protest gegen die Agenda 2010) folgte ein kontinuierlicher Abwärtstrend. Die Gründe liegen einerseits in den demografischen Veränderungen (viele traditionelle Wähler sterben; fehlende Verankerung vor Ort durch Mitgliederschwund). Andererseits beobachten wir vielleicht eine Normalisierung: Das Potenzial für eine sozialistische Partei liegt in Deutschland bei 10-15 %. Protestwähler, oft gar nicht links, haben nun eine Alternative zu uns. Und Ost und West gleichen sich an. In Bremen wählen uns genauso viele Menschen, wie in Sachsen und Brandenburg. Will DIE LINKE über ihr Potenzial hinauswachsen, braucht sie besondere Umstände (siehe Thüringen). Immer mehr Wähler wählen taktisch, wo

von DIE LINKE leider selten profitiert. Da können einem die tapferen Wahlkämpfer in Sachsen und Brandenburg nur leidtun. Dementsprechend groß ist dann auch die Ratlosigkeit, mit der unsere Genoss\*innen auf die jüngsten Wahlergebnisse blicken. DIE LINKE verlor in Brandenburg besonders deutlich bei älteren Menschen, wirtschaftlich Unzufriedenen, Arbeitern (8%) und Arbeitslosen (15%). Deutlich hinter ihrem Landesergebnis zurück blieb DIE LINKE bei formal niedrig Gebildeten und in der mittleren Altersgruppe.

In Brandenburg wurde das Thema soziale Gerechtigkeit als wichtigstes Thema genannt. Die Erwartungen an DIE LINKE sind hier immer noch hoch, aber in Brandenburg hat sie an Kompetenzzuschreibung eingebüßt. Den LINKEN werden zu wenig neue Ideen zugeschrieben, auch von einem nicht geringen Anteil der eigenen Anhänger. Sieben von zehn Brandenburgern werfen dem Juniorpartner in der Koalition vor, dass er in den letzten Jahren im Kabinett nichts durchgesetzt hat, was sonderlich aufgefallen wäre (selbst bei 42% der LINKEN Wähler findet dieser Satz Zustimmung). 78% der im Vorfeld befragten Wahlberechtigten finden, dass die Politik zu wenig die Interessen der Menschen auf dem Lande beachtet. Auf dem Lande ist DIE LINKE aber schlecht aufgestellt.

Warum ist die AfD so stark? Mehr als die Hälfte der Befragten äußerte sich besorgt, dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu groß werden könnte (auch gut jeder dritte LINKE-Wähler). 49% befürchten einen Verlust der deutschen Sprache und Kultur; hinzu kommen Ängste vor einer Zunahme der Kriminalität, die fast sechs von zehn bewegen, in Sachsen noch viel stärker, auch bei LINKE-Anhängern.

In Sachsen ist die wirtschaftliche Lage gut, aber 32 Prozent der Menschen machen sich Sorgen, dass sie ihren Lebensstandard künftig nicht mehr halten können, von den AfD-Anhängern sogar jeder zweite. Sie befürchten offenbar ein zweites 1990. Viele beklagen den Rückzug des Staates aus der Fläche. Die Hälfte aller Wähler sagt über die AfD, dass sie ein gutes Gespür für die Probleme der Leute habe, dass es gut sei, dass sie den Zuzug begrenzen will und sie finden, dass die AfD ausspricht, was in den anderen Parteien nicht gesagt werden darf.

93 Prozent der LINKE-Wähler geben an, die LINKE kümmere sich am stärksten um die Probleme vor Ort. Und 96 Prozent der LINKEN-Wähler waren der Ansicht, es ist an der Zeit, dass die LINKE in Sachsen mitregiert.

Trotzdem fiel DIE LINKE auf das Niveau von 1990 zurück. Die besten Ergebnisse erzielte sie in den Altersgruppen der über 60-Jährigen und der unter 25-Jährigen, wo fast jeder Neunte die LINKE wählte. Bei Frauen über 70 wurde die LINKE mit 14 Prozent zweitstärkste Partei nach der CDU (40%). Am schwächsten schneidet die LINKE in der Altersgruppe der 35-59-Jährigen ab mit 8 Prozent. 71 Prozent der LINKEN-Wähler wählten die Partei aus Überzeugung, nur 23 Prozent aus Protest gegen andere Parteien.

*Carsten Penzlin, auf der Basis der Wahlbericht von Horst Kahrs (RLS) und der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN*

### Für die Zukunft des Ostens kämpfen

**Wir sind die Partei der unteilbaren Solidarität – Bernd Riexinger zu ersten Schlussfolgerungen aus den Wahlen in Brandenburg und Sachsen**

Die Wahlergebnisse in Brandenburg und Sachsen sind eine herbe Niederlage für uns als gesamte Partei. Da gibt es nichts zu beschönigen. Aber zunächst möchte ich allen danken, die für die LINKE in den letzten Wochen einen sehr engagierten Wahlkampf geführt haben! DIE LINKE ist die Alternative zu unsozialer Politik und der Gefahr von rechts!

Wahlniederlagen haben nie nur eine Ursache und sie fallen nicht vom Himmel. Die Ursachen dafür werden wir in Ruhe auswerten. Im Parteivorstand haben wir damit am Montag begonnen. Nun steht es an, auch in den Landesverbänden die Ursachen zu analysieren und Schlussfolgerungen zu ziehen, um DIE LINKE wieder zu stärken.

Dazu erste kurze Überlegungen:

1. *Eine Wahl gegen die AfD.* Die Ausgangslage war ungünstig für die GenossInnen in Brandenburg und Sachsen: Bei beiden Wahlen ging es in den letzten Wochen für viele Menschen darum, zu verhindern, dass die AfD stärkste Partei wird. Es fand ein Kopf-an-Kopf-Rennen statt, das in Sachsen der CDU und in Brandenburg der SPD nutzte. Auch viele, die die Inhalte der LINKEN richtig finden, entschieden sich in dieser Situation für CDU oder SPD.

2. *Wir müssen Protest im Osten wieder von links besetzen.* Viele Menschen im Osten haben nach wie vor das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein. An fehlender Infrastruktur, Lohnunterschieden und prekärer Arbeit hat sich seit der Wende zu wenig

verändert. Linke Politik muss Unzufriedenheit aufgreifen, ihr eine Stimme geben und stärker Themen und soziale Konflikte zuspitzen, die vielen unter den Nägeln brennen. Konkrete Verbesserungen durch-

zusetzen, geht nicht ohne Konflikt mit neoliberaler Politik, bürgerlichen Parteien und Konzerninteressen. Dafür braucht es ein klares Profil und Alleinstellungsmerkmale, die uns von SPD, CDU und Grünen unterscheiden. Egal ob in der Regierung oder in der Opposition. Gemeinsam mit den

Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen müssen wir deutlich und beharrlich vermeintliche „Sparpolitik“ und Schuldenbremsen angreifen. Kosmetische Korrekturen werden nicht ausreichen, um den Nährboden der Rechten auszutrocknen: Es braucht massive Investitionen, die das Leben in allen Regionen spürbar verbessern.

3. *LINKE als Mitgliederpartei stärken.* Ein Viertel unserer früheren WählerInnen bei den Landtagswahlen vor 5 Jahren, ist mittlerweile verstorben. In Brandenburg und Sachsen muss es uns jetzt allen darum gehen, neue Mitglieder zu gewinnen, den Parteiaufbau an der Basis als Priorität zu setzen und für jüngere WählerInnen attraktiver zu werden.

4. *Für die Zukunft des Ostens kämpfen.* Protest allein reicht nicht. Lasst uns gemeinsam für eine bessere Zukunft kämpfen. Ideen haben wir, mit neuen Aktiven kommen neue dazu. Wir können

DIE LINKE auch im Osten wieder stärken, wenn wir konkrete Angebote zum Mitkämpfen machen: für den Ausbau von Bus und Bahn, für gute Gesundheitsversorgung vor Ort, für Klimaschutz, für gute Löhne und Arbeitsplätze mit Zukunft. Die vielen Demonstrationen und Konzerte gegen Rassismus und für eine solidarische Gesellschaft zeigen, dass wir mehr sind, als mancher glaubt. Wir sind und bleiben das Bollwerk gegen rechts. Als LINKE stehen wir an der Seite der Menschen und Initiativen, die jetzt unmittelbar von den Rechten bedroht werden! Unsere Solidarität ist unteilbar.



Ich werde mich niemals damit abfinden, dass wir bei den letzten Wahlen bei ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und Erwerbslosen verloren haben. Wir stehen als einzige Partei für höhere Löhne und armutsfeste Renten, gewinnen mit unseren Kampagnen Beschäftigte in der Pflege und machen Druck für bezahlbare Mieten und einen bundesweiten Mietendeckel. Gute Forderungen alleine reichen nicht. Wir müssen unsere Partei stärker im Alltag verankern und neue Mitglieder gewinnen. Diejenigen, die AfD aus Überzeugung wählen, und das ist eine Mehrheit, werden wir mittelfristig nur schwer gewinnen können. Den anderen muss DIE LINKE eine soziale und solidarische Antwort auf Wut und Frust anbieten.

Aufgabe einer linken Partei ist es, unterschiedliche Teile und Milieus der lohnabhängigen Klasse zusammenzubringen, Brücken zu bauen, junge Klima-Aktivistin-

nen genauso ansprechen wie ArbeiterInnen im Niedriglohnsektor. Das geht nicht mit einem inhaltlichen Profil wie vor 15 Jahren. Wir sind die einzige Partei, die soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit für alle und konsequenten Klimaschutz zusammenbringen kann. Wir denken Klimaschutz als soziale Frage und Klassenfrage. Das unterscheidet uns von den Grünen. Kein Arbeiter darf gezwungen werden, sich zwischen der Zukunft seiner Kinder und einem gut bezahlten Arbeitsplatz zu entscheiden. Dafür entwickeln wir Vorschläge für linke Wirtschafts- und Industriepolitik. In einem ersten Schritt haben wir in den letzten Wochen die Konzepte für den Ausbau von Bus und Bahn und kostenfreiem ÖPNV in die Diskussion gebracht.

Die Gesellschaft und das Parteiensystem sind im Umbruch, als LINKE stehen wir vor neuen Herausforderungen und Richtungsentscheidungen. Wir brauchen eine Strategieebatte darüber, wie wir uns als Partei gemeinsam aufstellen und wieder stärker werden können. Dazu bedarf es konkreter Vorschläge für eine Stärkung der Partei. Als Vorsitzende haben wir nach der Europawahl dazu einige Überlegungen in die Diskussion gebracht. Die Zukunft unserer Partei geht alle Mitglieder der LINKEN an! Die notwendige Diskussion und Verständigung sollten weder über die Medien noch hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern in unseren Kreis- und Landesverbänden, in den Gremien. Sie sollte offen, solidarisch im Ton und konstruktiv in der Sache sein.

Wir kämpfen für die Zukunft des Ostens. Die LINKE ist die Alternative zu unsozialer Politik und rechtem Hass. Lasst uns in den nächsten Wochen mit voller Kraft und breiter Solidarität aus vielen Kreisverbänden aus dem ganzen Land in den Thüringer Landtagswahlkampf ziehen!

## ◀ FRIEDENSPOLITIK

### Atomwaffen international ächten

„Atomwaffen werden nur für einen einzigen Zweck entwickelt: das Töten von so vielen Menschen wie möglich in so kurzer Zeit wie möglich. Das simple Vorhandensein von Atomwaffen, deren ständige Einsatzbereitschaft, immer kürzere Vorwarnzeiten und damit auch das Risiko eines ‚Atomkriegs aus Versehen‘ stellen eine existenzielle Gefahr für die gesamte Menschheit dar. Gegen die humanitäre Katastrophe, die selbst einem begrenzten Atomkrieg folgen würde, gibt es keinen Schutz. Die einzig wirksame Präventionsmaßnahme ist eine atomwaffenfreie Welt und ein logischer Schritt dahin ist der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland“, erklärt Kathrin Vogler, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, an-

lässlich des Internationalen Tages für die vollständige Beseitigung der Atomwaffen.

„In diesem Sinne begrüßt DIE LINKE, dass sich immer mehr Städte und Kommunen für das Atomwaffenverbot einsetzen und dass mit der deutschen Kommission Justitia et Pax nun auch ein hochrangiger Zusammenschluss innerhalb der katholischen Kirche seine Ablehnung von Atomwaffen deutlich formuliert hat. Alle Mitglieder der Linksfraktion unterstützen den Abgeordnetenappell der Internationalen Kampagne gegen Atomwaffen (ICAN).

Atomwaffen sind nicht nur eine tödliche Gefahr für das Leben auf unserem Planeten, sondern auch eine gigantische Verschwendung von menschlichen, technischen und finanziellen Ressourcen, die dafür gebraucht werden, die Klimaziele zu erreichen und den Hunger in der Welt zu

besiegen. Die Bundesregierung hat hier die Verantwortung, gemeinsam mit anderen Ländern voranzugehen, um Atomwaffen ebenso zu ächten, wie in der Vergangenheit chemische und biologische Waffen oder Landminen und Streubomben international geächtet wurden.“



## GEDENKEN AN DIE OPFER DES FASCHISMUS

### Eindrücke und Rede zum Jahrestag der Opfer des Faschismus in Doberan

Am 2. September fand in Bad Doberan das traditionelle Gedenken anlässlich des Tages der Opfer des Faschismus statt. Ich hatte die große Ehre und das Vergnügen, dieses Jahr die Rede anlässlich des OdF-Gedenkens zu halten. Eingeladen hatte das Doberaner Aktionsnetzwerk.

Vor den Eindrücken des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen und den für DIE LINKE verheerenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen versammelten sich knapp 40 Menschen am Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Doberan. Gekommen waren nicht nur Genoss\*innen, sondern auch Vertreter verschiedener Vereine und Verbände, wie der Arbeiterwohlfahrt, waren gekommen.

Der Genosse Arnold Scholtz eröffnete schließlich die Veranstaltung mit ein paar einleitenden Sätzen und übergab mir schließlich das Wort. Hier meine Rede im Wortlaut:

„Gestern vor genau 80 Jahren überfiel das faschistische Deutschland das Nachbarland Polen und entfesselte damit einen Krieg, den die Menschheit bis dahin nicht gesehen hatte. Weit mehr als 60 Millionen Menschen starben, darunter 6 Millionen Jüdinnen und Juden, hunderttausende Sinti und Roma und 27 Millionen sowjetische Bürger. Die Grausamkeit und Brutalität, mit der die deutschen Faschisten und ihre Helfer, einen ganzen Kontinent in Brand setzten, hinterließ Narben, die bis heute nicht vollständig verheilt sind.“

Das Gedenken an die Opfer der deutschen Terrorherrschaft findet in diesen Tagen in vielen Orten Mecklenburg-Vorpommerns statt, z.B. in Schwerin, in Neustrelitz, in Waren, in Stavenhagen, in den KZ-Gedenkstätten Wöbbelin und Güstrow. Wir sind also nicht alleine.

Die Erinnerung an die Naziopfer und die Nazigreuel in den Vernichtungslagern in Auschwitz, Sobibor, Belzec, Treblinka und anderen Todeslagern,

Die Erinnerung an die deutschen Massenerschießungen von Millionen Zivilisten in der Sowjetunion und im Baltikum und die Erinnerung an den Eroberungs- und Vernichtungskrieg der deutschen Faschisten und ihrer Helfer ist heute wieder



caust oder protegieren solche Positionen. Stellvertretend dafür steht der Ausspruch des AfD-Politikers Gauland, der die Nazi-Zeit als Vogelschiss in der Geschichte relativierte oder die Position des AfD-Politikers Höcke, der im Holocaustdenkmal in Berlin ein Denkmal der Schande sieht.

Im April 1945 schwören sich die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dieser Schwur muss uns auch heute Verpflichtung sein. Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg haben erneut eindrücklich gezeigt, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit nicht überwunden sind – im Gegenteil.

Die Ergebnisse dieser Wahlen sind schockierend. Nicht nur, weil die AfD erneut hohe Zuwächse verzeichnen konnte, sondern auch weil demokratische Parteien, nicht zuletzt DIE LINKE, deutlich an Stimmen verloren hat. Als soziales Gegengewicht zu den neoliberalen Parteien ist unsere Partei aber zwingend notwendig, wenn wir die zunehmende Erniedrigung, Vereinzelung und Verächtlichmachung, wie sie schon Karl Marx richtig beschrieben hat, aufhalten wollen.

Der Kampf für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit muss auch weiterhin die Kernaufgabe von uns allen sein. Ich danke Ihnen.“

*Nico Burmeister*



umso wichtiger, weil rechtskonservative und undemokratische, rassistische und nationalistische Kräfte diese Verbrechen immer wieder verharmlosen. Sie schüren erneut antisemitische Vorurteile, sie leugnen den Holo-

### LYRIK

Hinsichtlich Demokratie

*(von Jürgen Riedel)*

Neoliberale genauso wie  
Neonazis Rechtsdenkende:  
Neolithiker des Heute

## ZUM ATTENTAT VON STAUFFENBERG

### Die Mutigen des 20. Juli 1944 gehören zum antifaschistischen Widerstandskampf

(Rede von Prof. Wolfgang Methling zur Einführung in eine Veranstaltung am 19.7.2019 in Tellow)

Sehr geehrte Gäste, liebe Freundinnen und Freunde,

gestatten Sie mir bitte ein paar einführende Bemerkungen zu unserer Gedenkveranstaltung aus Anlass des 75. Jubiläums des Attentates auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944.

Bei aller Würdigung des Widerstandskampfes durch Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Christen, Theologen, Studenten, Partisanen, das Nationalkomitee Freies Deutschland, das Verschwörer-Netzwerk von Offizieren und Zivilisten um Claus Schenk von Stauffenberg ist festzustellen, dass dieser antifaschistische Widerstandskampf nicht zur Beseitigung des verbrecherischen Hitler-Regimes geführt hatte.

Das Nazi-Reich wurde besiegt und beseitigt durch den opferreichen militärischen Kampf der Armeen der Sowjetunion, ab dem 5. Juni 1944 unterstützt durch die Westlichen Alliierten unter Führung der USA und Großbritanniens.

Aber die Widerstandskämpfe waren und sind wichtig für das moralische Ansehen der Deutschen und die Orientierung der nachfolgenden Generationen an

**mutigen** Vorbildern für den Kampf gegen Terror, Tyrannei, Unmenschlichkeit, Rassismus und nationale Überheblichkeit.

Die Würdigung des Widerstandes und der Widerständler geschah (und geschieht manchmal noch heute) in beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich, oft politisch motiviert, sehr einseitig:

- in der DDR eine relativ stärkere Würdigung des politischen Widerstandes durch Kommunisten, Sozialdemokraten u.a. bei verhaltener und differenzierter Würdigung des bürgerlichen und christlichen Widerstandes

- in der BRD kaum Würdigung des politi-

schen Widerstandes von Kommunisten, Sozialdemokraten u.a., Herabwürdigung des Widerstandes von bürgerlichen Kräften, Militärs und Zivilisten im Nationalkomitee Freie Deutschland und der Verschwörer um Graf Stauffenberg bis hin zu deren Verurteilung als Vaterlandsverräter. Heute, 75 Jahre nach dem Attentat von Stauffenberg, haben wir die Kraft, aber auch die Verantwortung, alle Formen des



Widerstandes, unabhängig von sozialer Stellung und Motivation der Akteure zu würdigen.

Der Initiator der heutigen Veranstaltung, Diplomlandwirt Gerhard Fischer, hat als Privatperson mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Landeszentrale für politische Bildung und mit der Hilfe einiger Freunde seit 2000 (also fast 20 Jahre) in insgesamt 90 Ausstellungen und Veranstaltungen den Widerstand von Landwirten, die oft auch Adlige waren, gegen das Hitler-Regime gewürdigt.

Wir stellen heute aus Anlass des Jubiläums den Widerstandskampf von Stauffenberg

und seinem Netzwerk von Offizieren und Zivilpersonen ein wenig in den Fokus, stellen aktuelle Bezüge her und stellen Motive dar.

In den letzten Tagen erinnerten, würdigten und kommentierten verschiedene Filme, Artikel, Interviews, Bücher und Biografien das Attentat und die handelnden Akteure:

- Spielfilm (2008) „Operation Walküre-Das Stauffenberg-Attentat“ mit Tom Cruise

- Biografie (2019) „Stauffenberg, Porträt eines Attentäters“ von Thomas Karlauf (dazu Interview am 13.7.2019 in der Beilage der OZ)

- Buch (2019) „Stauffenberg. Mein Großvater war kein Attentäter“ von Sophie von Bechtolsheim, Enkelin von Stauffenberg (dazu Interview am 27.6.2019 in Neue Zürcher Zeitung)

- Artikel „Unser gemeinsames Erbe. Der 20. Juli 1944 gehört zum antifaschistischen Widerstandskampf“ von Gemma Pörzgen in der Zeitung „antifa“ Juli/August 2019

Ich habe gehört, dass es für Einzelne ein Grund war, nicht an unserer Gedenkveranstaltung teilzunehmen, weil eine zu große Würdigung von Adligen erfolgt. Das bedaure ich sehr, zumal es inhaltlich nicht zutreffend ist.

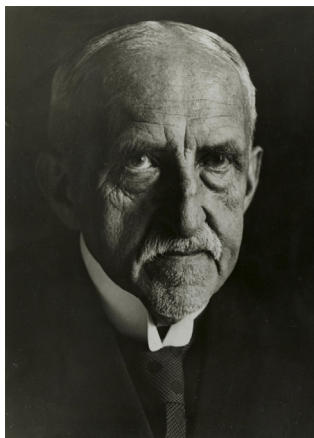
Wir wissen ja, dass sowohl Landwirte als auch adlige Gutsbesitzer und Offiziere mehrheitlich **nicht** Widerstand geleistet haben, sondern eine **Minderheit** ihres Standes darstellten, übrigens wie auch Johann Heinrich von Thünen, der auf seinem Gut Tellow als Landwirt, Nationalökonom, Sozialreformer und Demokrat gewirkt hat – gegen den Widerstand seiner benachbar-

ten Gutsbesitzer.

Das galt ebenso für Theologen und Vertreter der Kirchen. Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller waren auch in der Minderheit.

Vielleicht ist es gerade deshalb richtig und wichtig, ihre Motive kennenzulernen, **mutig** zu sein, Widerstand zu leisten, wissentlich ihr Leben zu riskieren und zu verlieren. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir dafür mit Minister Dr. Till Backhaus, Helmuth von Maltzahn, Gerhard Fischer und Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit so kompetente und prominente Referenten für unsere Gedenkveranstaltung gewinnen konnten.

## 600 JOHR UNIVERSITÄT ROSTOCK



### IN MEMORIAM

Richard Carl Theodor August Wossidlo, Ehrensenator un Ehrendoktor von de Universität Rostock. Gymnasialperffessor un Nestor von de mecklenburgische Volkskunde, Feldforscher von de Europäische Ethnologie.

Richard wūr an´ 26. Januar 1859 as dat viert von soeben Kinner von denn Gautbesitzer Alfred Wossidlo un dessen Ehefru, Mathilde Korth in Friedrichshof bi Tessin geburn. 1863 starwt sien Vadder un sien Mudder treckt mit de Kinner nah Rostock. Nah Richards Abitur an de Grot Stadtschau 1878, studierte hei bit 1883 „Klassische Philologie“ in Rostock, Leipzig und Berlin. Dornah wūr hei - 1886 bit 1922

- Lihrer, af 1908 Gymnasialperffessor, för Latein un Griechisch in Worn. Hei bleew bit 1924 in´n Schauldeinst, wūr oewer all siet 1922 dorvon för siene Forschungen friestellt.

In de „Heimatbewägung Meckelnborg“ wūr Wossidlo ein wichtig Symbolfigur, de sick gegen rassistisch-nationalistisches Ideengaut stellte. För sien *Volkskundliche Sammlung un Forschung* bereiste hei bit 1939 oewer 3000 Urte in Meckelnborg un schreew sik mit 1400 Partner, um dat kulturelle Läben up´n Land tau erforschen.

Hei befragte Burn, Knechts, Daglöhner, Scheper, Handwerker, Fischer un Matrosen, um sick deren Läschen, Sagen, Märchen, Volkslieder, Kinnerreime sowie Pflanzen- un Tiernamen tau notieren. Hei forschte ok nah Dörpfeste un Brük. Dorut entstünn ein Zettelkastenarchiv mit tauletzt zwei Millionen Bläder un ein Sammlung von zirka 3000 Gegenständ! Wenn Wossidlo grad mal kein Papier tau Hand har, beschreew hei siene Manschetten orer dat Chemisette an sien Bost. De Fundus von siene Sammlung ist hüt digitalisiert un befind sik in ein Rostocker Archiv.

Oewer Wossidlos Verhältnis tau´n Na-

tionalsozialismus säd Reuterforscher Arnold Hückstädt: „Wossidlo fand geistige Geborgenheit und Schutz bei Reuter, als in brauner Zeit seinem Lebenswerk nazistischer Missbrauch drohte. Zu gern hätten die Nazis ihn vor ihren ‚völkischen Karren‘ gespannt. Doch Wossidlo wusste - nicht zuletzt durch Rückzug in Stille, durch Hinwendung zu Reuter - der Entwürdigung seiner Person und der Beleidigung seiner Arbeit zu entgehen. Während die Naziführer Meckelnburgs dem Professor Richard Wossidlo anlässlich seines 75. Geburtstages 1934, ‚nationalsozialistische Ehrungen‘ angedeihen lassen wollten, zog er es vor, sich’s zu versagen, an öffentlichen Feiern teilzunehmen. Er fuhr der-



weil nach Eisenach und legte Blumen auf das Grab Fritz Reuters. Um von den Nazis nicht korrumpiert zu werden, ging Wossidlo in eine Art ‚innere Emigration‘, fand immer wieder einen Vorwand, sich den nazistischen Zudringlichkeiten zu verweigern.“

Dennoch fierte ganz Meckelnborg Wossidlos 80. Geburtstag as Nationalhelden in ein Festwoch mit tahlrieken Veranstaltungen. An´n 4. Mai 1939, starwt hei un fün up´n Ribnitzer Friedhoff letzt Rauh.

Text: Kurt Kaiser

## AUS DEM LANDTAG

### Worauf wartet die SPD noch? Kinderrechte endlich ins Grundgesetz!

Zum Weltkindertag, der unter dem Motto „Kinder haben Rechte“ steht, erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt:

„Alle Jahre wieder werden am Internationalen Kindertag die Rechte und Bedürfnisse, aber auch Sorgen und Nöte von Kindern thematisiert. Gerne wird auch von verschiedenen Politikerinnen und Politikern an diesem Tag betont, wie wichtig es ist, dass die Kinderrechte endlich im Grundgesetz verankert werden. Es ist ein unglaubliches Armutszeugnis der deutschen Politik, dass dies auch nach jahrelangen Diskussionen immer noch nicht gelungen ist. Dabei hat sich Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention auch dazu verpflichtet, die Position von Kindern zu

stärken und deren Wohlergehen als zentrale Aufgabe anzusehen.

Auch die SPD in M-V spricht sich immer wieder dafür aus, Kinder in ihren Rechten zu stärken. Aber trotz eines Beschlusses des Landtags hat es die Landesregierung noch nicht vermocht, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, die Rechte von Kindern grundgesetzlich zu schützen. Worauf wartet die SPD? Kinder sind keine kleine Erwachsenen, sondern eigenständige Persönlichkeiten. Für ihr Aufwachsen und ihre gedeihliche Entwicklung brauchen sie besonderen Schutz und eine kindgerechte Förderung und Beteiligung.“



# TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 9.10.	09:30 Uhr	Beratung der AG Seniorenpolitik Rostock	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 10.10.	18:30 Uhr	Sitzung des HRC-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 11.10.	18:00 Uhr	LINKE Lütten Klein: Lesung und Diskussion: Steffen Mau - Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft	Rostock	MGH Danziger Straße 45 d
Sa., 12.10.	11:00 Uhr	Mitgliederversammlung der VVN-BdA BO Rostock, mit Büffet	Rostock	Geschäftsstelle
Mo., 21.10.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreislagsfraktion	Bad Dob.	Bebel-Str. 4
Sa., 26.10.	09:00 Uhr	Klausur des LRC-Kreisvorstandes zu Strukturfragen (Gast: Gabry Göwe, Landesschatzmeisterin)		Burghotel Güstrow oder Kröpeliner Mühle
Mo., 11.11.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreislagsfraktion	Güstrow	Am Wall 3
Mi., 13.11.	18:30 Uhr	Sitzung des LRC-Kreisvorstandes	Kritzow	"Strike"
Do., 21.11.	18:00 Uhr	Sozialismus im 21. Jahrhundert: Vortrag und Diskussion mit Petra Pau	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
Sa., 23.11.	9-15 Uhr	Klausur der Kreislagsfraktion	Kröpelin	Schulstr. 10
30.11./1.12.		1. Tagung des 7. Landesparteitages	Kühlungsborn	Monada Resort Hotel

## VERANSTALTUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Diskussion/Vortrag "Linkssein im 21. Jahrhundert"

mit Petra Pau, MdB DIE LINKE, Vizepräsidentin des Bundestages

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Kapitalismus führt weltweit zu Spaltungen der Gesellschaften und verschärften sozialen Auseinandersetzungen. Damit einher geht ein weltweit zu beobachtender Rechtsruck – auch hier in Deutschland gibt es Verschiebungen im politischen Koordinatensystem. Mit der AfD ist nun erstmals eine Partei in den Bundestag und in einige Landtage eingezogen, die offen und aggressiv völkische, rassistische, islamophobe, antisemitische sowie antifeministische Positionen vertritt – und damit Erfolg hat. Dieses nationalen und autoritären Kulturkampfes von rechts bedarf es einer starken Antwort von links!

Doch wie kann diese Antwort aussehen? Was sind die Koordinaten eines demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts und was bedeutet heutzutage eigentlich noch „Linkssein“? Welche Anknüpfungspunkte lassen sich dafür bei Karl Marx finden und welche Thesen bedürfen einer Modernisierung?

Gemeinsam mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau begeben wir uns auf die Suche und diskutieren über das „Linkssein“ von heute sowie die damit verknüpften gesellschaftlichen Herausforderungen.



## Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments ist ein Dokument des Geschichtsrevisionismus

Am 19. September verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“. „Dieser Text ist ein Dokument des Geschichtsrevisionismus“, erklärt Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Bartsch weiter:

„1. Durch die Resolution zieht sich wie ein roter Faden eine Rhetorik der Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus, so in dem Hinweis, „dass das nationalsozialistische und das kommunistische Regime Massenmorde, Völkermord und Deportationen durchführten“. Auch so kann man Verbrechen wie den Holocaust und den Vernichtungskrieg relativieren.

2. Es findet sich eine Teilentlastung des nationalsozialistischen Deutschlands von seiner Kriegsschuld. Wir erfahren beispielsweise, „dass der Zweite Weltkrieg (...) als unmittelbare Folge des auch als ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ bezeichneten berüchtigten Nichtangriffsvertrags zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 23. August 1939 und seiner geheimen Zusatzprotokolle ausbrach“. Der Sowjetunion wird dabei in gleichem Maß das „Ziel der Welteroberung“ unterstellt wie NS-Deutschland.

3. Über die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs erfahren wir nur, „dass nach der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes und dem Ende des Zweiten Weltkriegs einige europäische Länder in der Lage waren, ihre Eigenstaatlichkeit wiederzuerlangen und einen Prozess der Aussöhnung einzuleiten, während andere europäische Länder ein halbes Jahrhundert lang Diktaturen blieben – einige davon unmittelbar von der Sowjetunion besetzt oder unter direktem sowjetischem Einfluss

## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer  
Layout: Carsten Penzlin  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

– und ihnen Freiheit, Souveränität, Würde, Menschenrechte und sozioökonomische Entwicklung weiterhin versagt blieben“. Man vermisst das Wort von der Befreiung Europas vom Faschismus. Man vermisst die Anerkennung, dass die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges und damit auch der Befreiung Europas tragen musste.“ Jeder Mensch in unserem Land, der aus der deutschen Vergangenheit politisch-moralische Verpflichtung für die Gegenwart und Zukunft ableiten will, muss diese Entschließung des Europäischen Parlaments ablehnen. Demokratinnen und Demokraten müssen deutlich machen, dass es keine Entlastungsdiskurse geben darf.“

**DIE LINKE.**  
**macht den**  
**Unterschied.**  
**Mach mit!**



**KLARTEXT**

## AKTUELLES

### Krankenhausfinanzierung des Landes völlig unzureichend

Anlässlich der heutigen Anhörung im Wirtschaftsausschuss zur Finanzierung der Krankenhauslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplitz:

„Die Anhörung zur Krankenhausfinanzierung des Landes machte deutlich, dass die Landesregierung bei der Förderung der stationären medizinischen Versorgung des ‚Kaisers neue Kleider‘ vorführt. Sie lobpreist sich für eine Erhöhung der vorgesehenen Gesamtausgaben um jährlich 16 Millionen Euro. Was sie nicht sagt: Nahezu jegliche Erhöhung der Förderung ist Geld des Bundes zum Umbau der Strukturen an den Krankenhäusern. Und was sie erst recht nicht sagt: Mecklenburg-Vorpommern lässt bereits über Jahre die bauliche und technische Substanz seiner Krankenhäuser runterwirtschaften.“

Um die Krankenhäuser zumindest zu erhalten, bedürfte es einer Investitionsquote zwischen 8,6 und 10 Prozent. Tatsächlich liegt sie hierzulande bei mickrigen 3 Prozent. Kein Wunder, wenn mangels der notwendigen Landesförderung die Kran-

kenhasträger Gelder, die für die laufende medizinische Versorgung von den Krankenkassen gezahlt werden, auch für Investitionen abzugeben. Das wiederum geht zu Lasten des Personals und macht die Arbeit letztlich unattraktiv. Früher oder später leidet hierunter die Qualität der medizinischen Versorgung.

Die Linksfraktion teilt die Auffassung der Expertinnen und Experten, die eine massive Erhöhung der Krankenhausförderung durch das Land verlangten.

Bei den baulichen Investitionen gibt es aktuell einen Bedarf von 260 Millionen Euro. Bei der gegenwärtig geplanten Förderhöhe bedürfte es 10 Jahre um den jetzt vorliegenden Investitionsbedarf abgearbeitet zu haben. Bei den Investitionen in Medizintechnik, der sogenannten Pauschalförderung, sieht es nicht besser aus. Sie stagniert seit 15 Jahren. Nicht zuletzt verlangen Entwicklungen auf dem Gebiet der Digitalisierung entsprechende Förderungen. Wer, wie Mecklenburg-Vorpommern den Anspruch hat, Gesundheitsland Nummer 1 sein zu wollen, muss die Krankenhauslandschaft auskömmlich fördern. Die Linksfraktion verlangt im Zuge der Haushaltsberatung ein Nachsteuern im Bereich der Krankenhausfinanzierung.“



Skizzen von Wolfgang Bergt: Synagoge Krakow



**Gewinnerin:** Brandenburgs Gesundheitsministerin Susanna Karawanskij (DIE LINKE) hat in Potsdam die ersten Landärztestipendien überreicht. 34 Medizinstudierende erhielten ein Stipendium in Höhe von 1.000,00 Euro pro Monat. Sieben weitere erhielten ein Co-Stipendium von 500 Euro. Verbunden mit der Förderung ist die Verpflichtung, nach der Ausbildung mindestens fünf Jahre auf dem Land tätig zu sein. Das Stipendium gilt für die Dauer der Regelstudienzeit.

**Verliererin:** Die SPD! Sigmar Gabriel legt zum 01.11.2019 sein Bundestagsmandat nieder. Begründung: „Wenn man nicht mehr recht gebraucht wird, dann soll man besser gehen.“

## MONATSZITAT

„Der Berg kreiβte – und gebar eine Laus.“ Bodo Urbat aus Essen-Nord schrieb auf [www.lokalkompass.de](http://www.lokalkompass.de) am 23. September 2019 um 23:15 Uhr: „Dass in den meisten Städten die Teilnehmerzahlen (am Streik- und Protesttag zur Rettung des Weltklimas am 20. September, Redaktion) teils um ein Vielfaches höher als erwartet waren, war sicher auch dem Umstand geschuldet, dass das Ergebnis des nächtlichen Eieranzuges des sogenannten Klimakabinetts vorhersehbar war: Der Berg kreiβte – und gebar eine Laus.“

## MONATZSAHL

Über 4.000 Teilnehmer demonstrierten trotz schlechten Wetters am 20. September in Rostock beim Internationalen Klimastreik für Verkehrswende, Kohleausstieg und einen stärkeren Einsatz der Politik gegen die Klimakrise.

## LYRIK

3. Oktober  
(von Jürgen Riedel)

Der Kanzler der Zweiheit  
vereinnahmte Ostdeutschland  
westwärts blicken viele auf Ostdeutsche herab  
herabsehen:  
nur in zementierten Phrasen wiedervereinigt  
durch Vereinnahmung  
bröckelt Vermauerung nicht

Alptraum  
(von Janina Niemann-Rich)

im Vollmondrausch der Schlaflosigkeit  
liegt Angst des Vergessens